

Pressemitteilung

„Wir lassen unsere Polizei nicht im Regen stehen – sondern geben ihr endlich, was sie braucht.“

Lüneburg/Hannover, 25. Juni 2025 – Es ist ein Bild, das sich einprägt: Über einem Polizeieinsatz kreist eine Drohne – sie filmt, hört mit, überträgt Daten in Echtzeit. Doch statt eingreifen zu dürfen, muss die Polizei tatenlos zuschauen.

Mit einem eigenen Gesetz (Drs. 19/7488) will die CDU-Landtagsfraktion die niedersächsische Polizei endlich rechtssicher für den Einsatz und die Abwehr von Drohnen ausstatten. „Wir holen unsere Polizei aus dem luftrechtlichen Graubereich – und geben ihr das Werkzeug, das sie verdient“, erklärt die Lüneburger CDU-Landtagsabgeordnete Anna Bauseneick. „Unsere Beamtinnen und Beamten können moderne Technik längst bedienen. Was fehlt, ist ein klares Gesetz – genau das haben wir nun vorgelegt.“

Denn die Bedrohung aus der Luft wächst – ob zur Ausspähung von Einsatzkräften, zur Störung kritischer Infrastruktur oder zur Vorbereitung von Anschlägen. Allein 2024 gab es in Niedersachsen bereits über 280 Polizeieinsätze mit Drohnen – Tendenz steigend. „Wer heute Gefahren begegnen will, braucht Technik von heute – und kein Polizeirecht aus dem letzten Jahrhundert“, so Bauseneick.

Der Entwurf der CDU-Landtagsfraktion sieht deshalb zwei neue Paragraphen im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz vor:

- § 32b: ermöglicht den Einsatz von Polizeidrohnen bei Observation, Fahndung und Gefahrenabwehr.
- § 32c: erlaubt es, gefährliche Drohnen mit technischen Mitteln rechtssicher zu erkennen und notfalls auszuschalten.

„Ob beim Stadtfest in Lüneburg oder bei Einsätzen im ganzen Land: Unsere Polizei muss handlungsfähig sein – zum Schutz aller Menschen. Dieses Gesetz ist ein Schutzschild gegen neue Gefahren aus der Luft.“, so Bauseneick abschließend.

Hintergrund: Die CDU fordert schon lange klare Eingriffsrechte für moderne Einsatzmittel. Die rot-grüne Landesregierung hingegen schreibt weiter Prüfvermerke, während Spähdrohnen längst Realität sind. Der Gesetzentwurf der CDU wurde zur weiteren Beratung in den Innenausschuss überwiesen.

Hier geht es zum Gesetzentwurf: https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_19_07500/07001-07500/19-07488.pdf

